

Ref. CommDH 027 (2014)

Ukraine: Binnenvertriebene benötigen dringend Hilfe

Straßburg, 17.07.2014 – „Ich bin tief besorgt über die Lage der Binnenvertriebenen in der Ukraine. Viele dieser Menschen, unter denen sich auch Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen befinden, sind von den Feinseligkeiten traumatisiert und bedürfen besonderer Betreuung. Die Regierung muss rasch, koordiniert und auf zentraler Ebene reagieren: Vor allem müssen ein zentrales Registriersystem geschaffen und eine staatliche Stelle zur Koordinierung der humanitären Hilfe festgelegt werden“, erklärte heute der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, bei der Veröffentlichung eines Briefes, den er am 27. Juni 2014 dem ukrainischen Ministerpräsidenten, Arsenij Jazenjuk, gesandt hatte.

Bei seinem Besuch in dem Land von 16. bis 19. Juni 2014 stellte der Kommissar die alarmierende und täglich steigende Zahl an Binnenvertriebenen fest. Nach Treffen mit einer Reihe Vertriebener von der Krim und aus den Regionen Donezk und Lugansk besprach er deren Probleme mit den Zentralbehörden in Kiew sowie mit Regional- und Kommunalbehörden in Odessa. Er bemerkte, dass die humanitären Bedürfnisse, etwa Obdach und Nahrung, dank der großzügigen Solidarität zahlreicher Menschen und Nichtregierungsorganisationen gedeckt wurden, es auf zentraler Ebene jedoch an wirksamen Maßnahmen gebrach.

„Freiwilligenhilfe darf keine dauerhafte, sondern nur eine kurzfristige Lösung sein. Die Regierung muss für die zahlreichen Vertriebenen, die in den nächsten Monaten nicht nach Hause zurückkehren können, dringend eine nachhaltige Lösungsstrategie zur Bereitstellung von Unterkünften und Existenzgrundlagen entwickeln“, so der Kommissar. Diese Strategie müsse besonders die Lücken in den gesetzlichen Bestimmungen schließen, welche die Lage von Binnenvertriebenen regeln, und ihren Schutz gemäß den europäischen und internationalen Normen gewährleisten.

Muižnieks hat dieses Thema vor Kurzem auch mit Vize-Ministerpräsident Wladimir Grojsman besprochen; dieser erklärte, dass die Regierung entschlossen sei, sich der in dem Brief geäußerten Besorgnisse anzunehmen. Der Menschenrechtskommissar beabsichtigt seinerseits, das Problembewusstsein verschiedener internationaler Organisationen und Geldgeber zu fördern, damit sie die Ukraine dabei unterstützen, die Bedürfnisse der Binnenvertriebenen zu decken.

Pressekontakt im Büro des Menschenrechtskommissars:

Stefano Montanari, + 33 (0)6 61 14 70 37; stefano.montanari@coe.int
www.commissioner.coe.int; Twitter: [@CommissionerHR](https://twitter.com/CommissionerHR); Facebook; youtube

Der Menschenrechtskommissar ist eine unabhängige, nichtrichterliche Institution innerhalb des Europarates mit dem Auftrag, das Bewusstsein für die Menschenrechte und ihre Einhaltung in den 47 Mitgliedstaaten der Organisation zu fördern. Der Menschenrechtskommissar wird von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Der gegenwärtige Kommissar, Nils Muižnieks, hat sein Amt am 1. April 2012 angetreten.